

Nachruf

Julius Lehlbach gestorben

Die Nachricht vom Tode Julius Lehlbachs (24. Februar 1922 bis 4. März 2001) berührt jeden Gewerkschafter, der, wie ich, jahrelang eng mit ihm zusammengearbeitet hat. „Heute kann sich ja niemand mehr aufregen!“, sagte er häufig, der seine Umwelt gerne auf- und anregte. Er fühlte sich verantwortlich vor der Geschichte. Sein Gegenpol war der national gesinnte Vater, der in Weimarer Zeiten in den Freikorps kämpfte. Dazu kam Lehlbachs persönliches Erleben im Zweiten Weltkrieg. Seine Zielsetzung hat er kurz und prägnant folgendermaßen dargestellt: „Der Krieg hat meine Jugend und meine Gesundheit zerstört. Seitdem weiß ich genau, was ich nicht mehr will: Krieg, Diktatur, Unfreiheit und Hunger. Dafür will ich positiv: Frieden, Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit.“ Nach dieser Richtschnur handelte er – mit gelegentlich rigoroser Konsequenz. Diese Rigorosität schaffte ihm nicht unbedingt Freunde, jedoch immer Respekt. Er steht damit für einen in unserer Republik eher seltenen Politiker-Typus. Er schielte nicht nach allseitigem Wohlgefallen. Er hatte Kanten und Ecken, seine Sprache brachte die Verhältnisse klar auf den Punkt. Er richtete sich nicht nach momentanen Strömungen und Opportunitäten. Das brachte ihm nicht nur Erfolge, sondern auch Niederlagen - etwa auf dem DGB-Bundeskongress 1969 in München.

Julius Lehlbach wollte in den Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB gewählt werden. Die „Große Koalition“ – CDU/CSU und SPD - sowie die „Konzertierte Aktion“ des Wirtschaftsministers Karl Schiller (SPD) - ein damaliges „Bündnis für Arbeit“ - waren Themen, an denen er sich rieb. Für Lehlbach standen die Gewerk-

schaften am Scheideweg wie Herakles. Aber der DGB-Kongress entschied sich gegen die Kritik von Julius Lehlbach. Otto Brenner, der damalige IG-Metall-Vorsitzende, hatte seinen Frieden mit Willy Brandt - und der „Großen Koalition“ sowie der „Konzertierten Aktion“ - geschlossen. Die IG-Metall-Linken, die Lehlbach stützen wollten, standen in strenger Organisationsdisziplin zu ihrem Vorsitzenden - der Vorkämpfer Lehlbach geriet ins politische Abseits und wurde nicht gewählt. Julius nannte diese Niederlage - wieder ein Bild aus der Antike beanspruchend - nach einer berühmten Schlacht „sein Cannae“.

Seine Erfahrung vom DGB-Kongress 1969 versuchte er für die Gewerkschaften produktiv weiterzuentwickeln. Wenn die SPD als Volkspartei sich nach rechts öffnete und gleichzeitig die alten Organisationsprinzipien (Parteidisziplin u.a.) weitergelten, dann, so Lehlbach, müssten die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf der Strecke bleiben. Umgekehrt müssten die Gewerkschaften auch in die Partei hinein die Möglichkeit der offenen Interessenartikulation haben. So ging Lehlbach daran, in Rheinland-Pfalz eine Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter zu gründen. Die alte SPD - jetzt als Volkspartei - geriet in Panik. Zeitgenossen verweisen darauf, dass „Fraktionieren“ in der SPD zu den Schimpfworten übelster Art gehörte. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler, kam nach Rheinland-Pfalz und versuchte, die Bemühungen Lehlbachs als pure Aufwiegelei in eine beinahe linksradikale Ecke zu stellen. Am Ende stand ein Kompromiss, den Jockel Fuchs, der Mainzer Oberbürgermeister, als Mitglied des Parteivorstandes mit

Julius Lehlbach in Dijon - der Partnerstadt - bei einem Glas Wein auf echt rheinland-pfälzische Art schloss: Es wurde die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen - kurz AfA - in der SPD gegründet.

Die politische Bühne blieb für Lehlbach jetzt und in Zukunft Rheinland-Pfalz, wenn auch seine Anliegen oft (wie im Fall AfA) bundesweite oder sogar - wie später bei den C-Waffen - fast weltweite Resonanz hatten.

Die Partnerschaft mit den französischen Gewerkschaften (Dijon) - dem ehemaligen „Erbfeind“ - wurde zu einem festen Bestandteil der gewerkschaftlichen Entwicklung. Und die Aussöhnung mit Israel wurde zu einer wahren Herzensangelegenheit für Julius Lehlbach. So schloss der DGB Rheinland-Pfalz 1975 eine Partnerschaftsvereinbarung mit der israelischen Moschaw-Bewegung.

Neben seinem Wirken im Landtag - er war zwei Perioden für die SPD im rheinland-pfälzischen Landtag - war für ihn die Selbstverwaltung, ob an der Universität in Mainz, wo er u.a. ein Institut für Arbeitsmedizin durchsetzte oder in der Landesversicherungsanstalt (LVA), wo ein Höhepunkt seines Wirkens die Einrichtung einer Suchtklinik war, ein wesentliches Element im demokratischen Staatsaufbau. Dadurch sollte die große Politik entlastet werden.

Ein besonderes Kapitel in seinem politischen Wirken schlug Julius Lehlbach jedoch mit seinem Kampf gegen das Giftgas in Rheinland-Pfalz nach der Monitor-Sendung vom 28. April 1981 auf. Es war die Zeit einer breiten Friedensbewegung gegen die so genannten "Nachrüstungsbeschlüsse". Die angestrebte Lagerung von Pershing-Raketen und Marschflugkörpern auf dem Boden der Bundesrepublik als möglichem Schlachtfeld gleich neben dem „Eisernen Vorhang“ brachte eine breite Protestbewegung auf die Beine - aber das bereits gelagerte Giftgas und die drohende Nachrüstung mit binären C-Waffen beschäftigte niemanden. Hier hakte Lehlbach ein, und der DGB-Landesbezirk wurde zum Zentrum im Kampf gegen das Giftgas. Unser Hintergrundwissen bezogen wir von den Wissenschaftlern Hans-Günter Brauch und Alfred Schrenpf. Es blieb aber nicht nur beim Protest, sondern Julius erreichte auch, dass eine Verfassungsbeschwerde - unterstützt von den Anliegern und finanziert vom DGB - beim Bundesverfassungsgericht eingelegt wurde. Vertreten wurde der DGB in die-

sem Verfahren von den Rechtsprofessoren Wolfgang Däubler und Michael Bothe.

Das Urteil bestätigte das Ende des Nationalstaates und damit auch die Möglichkeiten demokratischen Einwirkens. Im Klartext führte das Gericht aus, dass es genüge, wenn das Parlament die Souveränität auf diesem Gebiete ganz pauschal der NATO übertrage, eine Zustimmung zur konkreten Lagerung - die ja bis dahin niemand kannte - sei nicht erforderlich. Auf diese Weise wird das Schicksal der Bevölkerung unter der Bedrohung eines Massenvernichtungsmittels in ferne, anonyme Hände gelegt!

Lehlbach aber war mit seinem Latein noch nicht am Ende. Jetzt galt es eben verstärkt einen anderen Strang weiterzuverfolgen: eine C-waffenfreie Zone in Mitteleuropa. Um dieses Ziel zu erreichen, korrespondierte er nicht nur mit dem deutschen Bundeskanzler, sondern auch mit den Staatschefs jenseits des Eisernen Vorhanges bis hin zu dem russischen Präsidenten Tschernenko. In diesem Zusammenhang kam es auch zu einem denkwürdigen Treffen mit Jelzin in Mainz - damals ein kommender Politstar der Sowjetunion.

Die positive Reaktion auf seine Briefe ermutigte ihn wiederum, die Politiker im Bund zu drängen, hier endlich von sich aus initiativ zu werden. Letztendlich verschwanden die C-Waffen aus der Pfalz - und nun wollten viele die Väter dieses Erfolges sein.

Schließlich kam es auch weltweit zu einem Verbot der C-Waffen in Genf (nur weil das offene Tor für die Biologischen Waffen inzwischen attraktiver und moderner war?).

Das Leben des engagierten Gewerkschafters Lehlbach läßt sich nicht in wenigen Sätzen wiedergeben. Ich habe mich auf seine Zeit als DGB-Landesbezirksvorsitzender von Rheinland-Pfalz beschränkt. Der Politiker Julius Lehlbach war von erstaunlicher und leider viel zu selten anzutreffender politischer Kontinuität, insofern sagt diese Zeit beispielhaft etwas über ihn. Um an einer aktuellen Debatte anzuknüpfen: Es gab vor 1968 eine demokratische Linke, deren Bilanz sich sehen lassen kann. Die 45er - wie Lehlbach - und die 68er ergänzten sich letztlich hervorragend oder, um ein Wort von Julius Lehlbach zu gebrauchen: „Einer stand auf den Schultern des anderen.“

*Volker Bahl,
Mainz*